

Stadtsanierung: Abrechnung steht noch aus

Bis Juli will Verwaltung 40-seitige Dokumentation erstellen

Was durch Ratsbeschluss in Gang gesetzt wird, muss auch auf die gleiche Weise wieder beendet werden. In einem Rechtsstaat hält man sich an solche Regeln. Das gilt auch für die Obernkirchener Stadtväter. Bei der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) schien das Ende schwieriger zu werden als der Anfang. Jedenfalls gab es eine unerwartet lange Diskussion über die Aufhebung der Satzung, mit der die Stadtsanierung vor 20 Jahren eingeleitet wurde.

Obernkirchen. Am 9. Mai des Jahres 1985 hatte der Rat das Sanierungsgebiet „Stadtmitte“ festgelegt und damit die Voraussetzungen für ein großes Projekt geschaffen, das sich so schnell nicht wiederholen dürfte. Rund 30 Millionen (in diesem Fall noch D-Mark) sind im Laufe der zwei Jahrzehnte an öffentlichen Mitteln in Sanierungsvorhaben im Bereich der Kernstadt geflossen, und zwar zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt. Noch steht die endgültige Abrechnung aus, aber es wird spekuliert, dass zusätzlich weitere zehn bis 15 Millionen von den privaten Investoren aufgewendet wurden. Das mit Abstand größte Projekt war die Umsiedlung der Maschinenfabrik Bornemann aus der Stadtmitte ins Gelldorfer Industriegebiet. Als letzte Maßnahme wurde die städtische Bücherei saniert, die jetzt wieder als echtes bauliches Kleinod den gesamten Bereich des Marktplatzes aufwertet. Auch zahlreiche private Investoren haben dazu beigetragen, dass verschiedene Häuser mit erhaltenswerter Bausubstanz wieder im frischen Glanz erstrahlen. Ein weiteres begrüßenswertes Ergebnis der Stadtsanierung war die Verbesserung des innerstädtischen Straßennetzes. Zuletzt war noch die Lange Straße an der Reihe. Außerdem wurde der Kirchplatz nach längerem Ringen zwischen Rat und der evangelischen Kirchengemeinde komplett befestigt und beeindruckend umgestaltet. Weil das Bündel der gesamten Maßnahmen bis zum 31. Dezember abgeschlossen sein musste, war damit die 20-jährige Periode der Stadtsanierung abgeschlossen. Zurzeit befasst sich die Verwaltung mit der Schlussabrechnung und mit der Vorbereitung einer etwa 40-seitigen Dokumentation. Diese wird von dem zuständigen Fachbereichsleiter Ulrich Kuhlmann gemeinsam mit einem kleinen Redaktionsteam erstellt und soll Ende Juni in einer Auflage zwischen 3000 und 4000 Exemplaren erscheinen.

Kuhlmann berichtete in der ASU-Sitzung darüber, dass die meisten der an den Projekten beteiligten Bürger die fälligen Ausgleichsbeträge schon ganz oder zumindest teilweise entrichtet hätten. Jetzt müssten noch die Restforderungen geklärt werden. Bei diesen Zahlungen handelt es sich um Beträge, die sich durch eine überdurchschnittliche Wertsteigerung der sanierten Gebäude ergeben. Bislang ist das Geld in das Treuhandvermögen der Bremer Firma „BauBeCon“ geflossen, die die gesamte Stadtsanierung als Treuhänder begleitet hat. Zwei Drittel der noch ausstehenden Zahlungen gehen ans Land, ein Drittel bleibt demnach bei der Stadt. Im zuständigen Fachausschuss des Rates gab es eine längere Diskussion darüber und vor allem über die Forderung, dass das fehlende Geld nunmehr unverzüglich ermittelt und eingefordert werden müsste. Deshalb stand auch die Frage im Raum, ob man zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Sanierungssatzung aufheben könne. Ulrich Kuhlmann wies darauf hin, dass diese Maßnahme nicht weiter aufgeschoben werden sollte. Sonst wären weiterhin die bislang im Sanierungsbereich notwendigen städtebaulichen Genehmigungen erforderlich, unter anderem für den Verkauf und die Belastung von Grundstücken sowie für den Abschluss von schuldrechtlichen Verträgen. Ratsherr Konrad Bögel von der Gruppe „Mitte“ erklärte sich nicht bereit, der Aufhebung der Sanierungssatzung zuzustimmen, wenn noch Ausgleichsbeträge oder Teile davon offen sind. Schließlich einigte sich der Ausschuss einstimmig auf den zusätzlichen Vermerk, dass die Aufhebung nur für den Fall gelten soll, dass der Stadt oder einem an der Sanierung beteiligten Bürger daraus keine Nachteile entstehen.